

worden, daß man am Ende der Kräfte sei und einen entscheidenden Schritt tun müsse, um überhaupt noch etwas zu retten. Und auch der pessimistische Führer war mit Fatalismus und Resignation gemischt und stand als Untergrund in ihren Reden und Stellungnahmen durch. Auch diesmal wieder ein Einziger, der aktiv handelnd in ihren Reden und Stellungnahmen durch. Auch diesmal wieder ein Einziger, der aktiv handelnd in ihren Reden und Stellungnahmen durch. Auch diesmal wieder ein Einziger, der aktiv handelnd in ihren Reden und Stellungnahmen durch.

Über noch einmal flammte die Kräfte auf, als die Reichsregierung an die finanzielle Liquidation der Entschädigung ging: die Stabilisierungskasse. Die Liquidationsarbeiten schritten nur sehr langsam voran, und Herr Litzard, der Präsident der Rheinland-Kommision, verhandelte immer weiter mit den Vertretern der rheinischen Unternehmer, ohne sich klar zu sein, daß der physische Moment verpaßt war, denn die entscheidende Ablehnung des Reiches und Preußens hatten auch freundliche Stimmungen — die zweifellos vorhanden waren — die Hände gebunden. Pessimistische und pessimistische Stimmungen unter Einfluß auf die wirtschaftlichen und Verhältnisse waren aus bestimmten Kreisen immer noch hart am Werke: die Förderung des Planes der rheinischen Goldnotenbank ist nur ein Beispiel dafür. Und ihre Ausgestaltung — und vielleicht heimliche Ziele — erhielten von neuem einen Aufstoß, als innerhalb der Reichsregierung der Plan erwogen wurde, dem Rheinland die weitere materielle Hilfe zu entziehen. Die letzte akute Krise, die mit diesem Plan ausbrach, ist innerhalb des Reiches durch das entscheidende Eintreten des inwärtigen zum Innenminister ernannten Dr. Jarres beschworen worden.

Zurückblickend auf diese ganze Entwicklung kann man sagen, daß die damalige Krisenzeit mehr als einmal das Rheinland in die Gefahr gebracht hat, dem Reich verloren zu gehen. Nicht schuldlos daran ist ein großer Teil der führenden rheinischen Politiker, die in dieser Gefahrzeit niemals verstanden haben, durch eine aktive Politik und wirksames Führertum die Gestaltung der politischen Entwicklung in die Hand zu nehmen, sondern in passivem Fatalismus höchstens in öffentlichen Erklärungen klatschten die Hände des Rheinlands verlor. Wenn man von „Verständnissen“ spricht, dann trifft dieses Wort, sprachlich richtig angewandt, auf diejenigen zu, die jeder Gefahrenentwicklung gegenüber die Hände in den Schoß legen und über demamatorische Gräße für den deutschen Standpunkt nie hinauskommen vermöchten — aber wollen? Vielleicht wird über diese und andere Sintergründe, die naturgemäß in den Erklärungen u. a. bisher noch nicht zum Ausdruck gekommen sind, noch einmal weiter zu reden sein.

Die Gewerkschaftsvertreter beim Kanzler.

TU. Berlin, 6. April. Der Berliner „Kosmos“ berichtet: Auf Antrag der Epigenetischen Gewerkschaften wurden heute vormittag die führenden Persönlichkeiten aller gewerkschaftlichen Organisationen durch den Reichskanzler in Gegenwart des Reichsgewerkschaftsministers, des Staatssekretärs Galt, sowie von Vertretern aller Reichsressorts empfangen. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde die wirtschafts- und sozialpolitische Lage, vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus betrachtet, ausführlich dargelegt. Es trat dabei die Befürchtung auf, daß die politische Entwicklung in einer Richtung verlaufe, die infolge zu weitgehender Schöpfung des Reiches wichtige Belange der Arbeitnehmer, insbesondere auf dem Gebiete der Sozial- und Steuerpolitik, gefährde. Die Vertreter der Reichsregierung nahmen die Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis und stellten eine Prüfung der vorgetragenen Wünsche in Aussicht. Insbesondere erklärte der Reichskanzler, daß die Reichsregierung den Erfordernissen der

Sozialpolitik nach wie vor das volle Verständnis entgegenbringe und bestrebt sei, mit den Arbeitnehmern in den schwierigsten Fragen weiterhin in Verbindung zu bleiben.

Die deutsch-englische Verständigung über die Reparationsabgabe.

v. Berlin, 6. April. Das nunmehr unterzeichnete Abkommen zwischen Deutschland und Großbritannien, das eine Abänderung des Erhebungsverfahrens von 26 Prozent der Reparationsabgabe festsetzt, wurde im Vorlauf veröffentlicht. Hiernach soll der Wert der deutschen Einfuhren auf Grund der statistischen der britischen Zollbehörden berechnet werden und nach den bei der gegenwärtig geltenden Regelung angegebenen Grundbegriffen festgesetzt werden. Der von den deutschen Exporteuren abzulebende Sterlingsbetrag soll 26 Prozent oder etwa dem jeweils geltenden anderen Prozentsatz des vom Werte der deutschen Einfuhren des Vormonats nach Großbritannien zu entrichtenden Betrages entsprechen. Aus dem Sterlingaustkommen der deutschen Ausfuhr nach Großbritannien wird jede einzelne der bedeutendsten deutschen Exportfirmen in einer Anzahl von nicht weniger als 800, deren Namen und Adressen der britischen Regierung und dem Generalagenten für Reparationsabgaben innerhalb 15 Tagen nach Inkrafttreten des Abkommens mitzuteilen, eine individuelle Erklärung an den britischen Finanzminister in einer dem Abkommen beigefügten Form abgeben, worin sie sich verpflichten, vom 1. 5. ab in Sterling 30 Prozent des Rechnungswertes ihrer Ausfuhren des Vormonats nach Großbritannien an die Reichsbank abzuliefern. Hierbei wird angenommen, daß 30 Prozent der Ausfuhrwerte dieser Firmen annähernd 26 Prozent der Gesamtausfuhr Deutschlands nach Großbritannien entsprechen. Die so abgelieferten Beträge überweist die Reichsbank allmonatlich für Rechnung des Generalagenten an die Bank von England in englischen Pfunden in Höhe des Rechnungswertes der Forderungsbeträge in Reichsmark. Der Generalagent wird vorbehaltlich der Zustimmung des Reichsfinanzministers bei ihm eingegangenen Sterlingsbeträge der britischen Regierung auszahlen. Überprüfen die von den deutschen Exporteuren abgelieferten Sterlingsbeträge die von der Reichsbank auf Rechnung des Generalagenten eingezahlten Beträge, so überweist die Reichsbank den Ueberschuß an die Devisenbankstelle G. m. b. H. für den besonderen Bedarf des Reichs, der der Ausfuhr des Reichsfinanzministeriums untersteht und bis zur Höhe von 10 Millionen Reichsmark aufgeführt werden kann.

Tagung des Reichverbandes der deutschen Presse in Saarbrücken.

Saarbrücken, 6. April. Der Gesamtverband des Reichsverbandes der deutschen Presse hielt am 5. und 6. April eine Tagung ab, an der etwa 50 Mitglieder aus ganz Deutschland teilnahmen. Der Sonntag und der heutige Vormittag waren beruflichen Beratungen gewidmet, bei denen unter den Mitgliedern volle Einmütigkeit in der Auffassung der verschiedenen Punkte erzielt wurde. Am Sonntagabend hatte die Stadt in den festlich hergerichteten Räumen des Rathauses einen Begrüßungsabend veranstaltet, zu dem etwa 200 Personen, unter ihnen das saarländische Mitglied der Reichsregierungskommission, Vertreter der Wirtschaft und der politischen Parteien u. a., erschienen waren. Auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Dr. Kieß, der besonders auf die Mission der Presse hinwies, der heute so erhellenden politischen Kampf wieder in vornehmere Formen zurückzuführen, erwiderte Georg Bernhart mit einer Rede. Er betonte, daß kein vernünftiger Mensch in der ganzen Welt bezweifeln könne, daß das Saargebiet deutsch sei. Davon habe ein einfacher Gang durch die Stadt jeden Zweifels überlegen können. Gerade, daß die Tagung hier abgehalten werde, sei ein weiterer Beweis, daß das Saargebiet als ein Teil Deutschlands angesehen werde. Gerade die heutige Tagung bedeute gewissermaßen einen Meilenstein in der Geschichte des Reichsverbandes. Die deutsche Presse wolle die Saarländer gerne noch enger mit den deutschen Gerichten verbinden als bisher. Die Presse kann die Wälder trennen und verbinden. Wie aber wünschen, die Wälder zu verbinden. Dieser Erfolg wird in höchstem Maße von der Vereidung auch des journalistischen

Vertrages abhängig sein. Auch von verschiedenen anderen Rednern wurde die Zusammengehörigkeit des deutschen Saarlandes mit dem deutschen Mutterlande hervorgehoben. So begrüßte Chefredakteur Kahr die Teilnehmer namens der rheinisch-westfälischen Presse und namens des Rheinlands. Redakteur Raschensblatt-Königsberg überbrachte die Grüße der Ostmark an die Westmark.

Eine Barma-Entschliffung über Scheidemann.

TU. Berlin, 6. April. Der „Montag Morgen“ veröffentlicht aus der Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei den Brief eines Hamburger Kaufmanns an die Barmausstellung des Reichs- und Landtages, in denen die Feststellung gemacht wird, daß Scheidemann mit seiner Frau im Sommer 1923 vier Wochen auf Kosten Barma in Grand Hotel Janverts gewohnt hat. Als Zeuge wird der frühere Besitzer des Hotels, der jetzt in Hamburg wohnt, angegeben.

Zuverlässige Abnahme der kommunistischen Wählerzahl.

TU. Hamburg, 6. April. Nachdem schon die Dezemberwahlen in Hamburg, der ehemaligen Hochburg der Kommunisten, einen Rückgang der kommunistischen Stimmen um rund 4000 gebracht und bei der Reichspräsidentenwahl die Kommunisten einen erneuten Verlust von nahezu 2000 Stimmen zu buchen hatten, hat auch das Ergebnis der Reichstagswahlen bei der August Wahlhelfer gezeigt, daß die Vorherrschung der Kommunisten wohl auch in Hamburg vorbei ist. Während bei der vorjährigen Reichstagswahl der kommunistische Industrieverband es noch auf rund 4600 Stimmen gebracht hatte, mußte er und sein Vizepräsident der republikanischen Arbeiter, sich jetzt mit 2700 Stimmen zufrieden geben, erlitten also wiederum einen Verlust von fast 2000 Stimmen. Dagegen sind die freien Gewerkschaften von 861 Stimmen im Vorjahr diesmal auf 2455 Stimmen angewachsen.

Stellungnahme.

Essen, 6. April. Auf der Zeche Vereinigte Schürhant und Charlottenburg fanden heute vor dem Demobilisationskommissar Verhandlungen wegen Stilllegung dieser Zeche statt. Durch die Stilllegung werden rund 600 Mann arbeitslos. Um den Betrieb ohne Zuschuß aufrecht erhalten zu können, wurde den Bergleuten vorgeschlagen, 9 Stunden zu arbeiten. Dieser Vorschlag wurde aber abgelehnt. Infolgedessen tritt die Stilllegung der Zeche am 1. Mai ein.

Die Vergütung der Leichen des Wehrungsküß.

Minden, 6. April. Bei den gestern vorgenommenen Vergütungsarbeiten sind weitere 6 Leichen der beim Wehrübergang verunglückten Soldaten geboren worden, darunter Schütze Wilhelm Duda aus Hord-Schöcher. Im ganzen sind bisher 37 Leichen geboren worden.

Minden, 6. April. Heute wurden folgende Leichen geboren:

14. Kompanie: Ernst Schiffer-Gesellschaft, Hans Hoffmann-Essen (Ruhr) und Georg Reh-Berlin-Grünwald.

Ein scharfer Moskauer Vorstoß gegen führende Kommunisten.

Moskau, 6. April. Die Russische Telegraphen-Agentur meldet: Die Vollziehung der kommunistischen Internationalen billigte den gemeinsamen Beschluß der Zentralkommission der Russischen Kommunistischen Partei und der Internationalen Kontrollkommission, den Parteimitgliedern Kabe, Brandler, Thalheimer und einigen anderen einen sehr scharfen Vorstoß zu erteilen wegen verächtlicher Fraktionsbildung in der Deutschen kommunistischen Partei und wegen Verhinderung der Beschaffung des 5. Weltkongresses. Da die erwähnten Parteimitglieder das Versprechen gaben, hinsichtlich auf jede Fraktionsarbeit zu verzichten, wurde der Ausschluß aus der Partei, den sie sonst wohl verdient hätten, nicht zur Anwendung gebracht.

41. Kongreß für Innere Mission.

ep. Augenblicklich werden die Einladungen für den 41. Kongreß für Innere Mission versandt, der vom 26.—30. April in Verbindung mit dem 24. Kongreß des kirchl.-sozialen Bundes in Dresden stattfindet, auf dem Frauen und Männer der

Innere Mission aus ganz Deutschland zusammenkommen, um Gedanken über ihre schwere, aber segensreiche Arbeit auszutauschen. In zahlreichen Vorträgen und Spezialversammlungen werden die kommenden Zeiträume erörtert. Eingeleitet wird die Tagung durch einen Empfang im Rathaus, wo Vertreter der städtischen, Staats-, Reichs- und Kirchenbehörden und der Hochschule sprechen werden. In den 3 Hauptversammlungen werden folgende Themen behandelt: Die heutige Situation und die evangelische Ethik, Prof. Dr. Kitzler, n. Christenbrot angelehnt der religiösen und sittlichen Not der Schüler höherer Lehranstalten? Prof. Dr. Brunns-Magdeburg: „Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftslebens“, Prof. Dr. Brunns-Magdeburg. Die Schlussanrede in der Kreuzkirche wird durch Landesbischof D. Thiele-Dresden gehalten. Diese Hauptversammlungen werden umrahmt von Ausflügen, Besichtigungen, Sonderveranstaltungen u. a. Zur Teilnahme an diesem Kongreß werden alle Pastoren, Mitglieder der kirchlichen Behörden und Körperschaften, Gemeindeglieder, alle Vorstände und Vertreter von Vereinen, Verbänden und Anstalten der Innere Mission eingeladen. Anmeldungen sind bis zum 6. April an den Landesverein für Innere Mission in Dresden-W., Ferdinandstraße 19, zu richten. Für Wohnung der auswärtigen Teilnehmer wird nach Möglichkeit Sorge getragen.

Kunst und Wissen.

Morgenfeier im Stadttheater.

Ein sehr hübscher und fruchtbringender Gedanke liegt dem vom Stadttheater am letzten Sonntag begonnenen Morgenfeierabend zugrunde: Es soll „der Werdegang des Bühnenkünstlers“ an einem praktischen Beispiel, der „Heiligen Johanna“ von Bernhard Shaw gezeigt, also eine Einsicht in die Werkstatt des Theaters gegeben werden. Am Hand von Demonstrationen und erklärenden Darlegungen soll sichtbar gemacht werden, welchen Weg eine Dichtung von ihrer gedruckten Vorlesung Form durchmacht, bis sie, nach einer Reihe sorgfältiger handwerklicher und schöpferischer-künstlerischer Bearbeitungsprozesse, als Aufführung, als Kunstwerk der Bühne vor uns steht. Wie bereits der erste Morgen erwies, hat unser Theater diese Aufgabe in glücklicher Weise angefaßt. Oberregisseur E. Herberich hat sich nicht nur einen eintönigen Vortrag über die dramaturgischen Fragen, in dem er sich, gottseidank, bei der Theorie nicht allzulange aufhielt, dafür aber die konkrete mit klugem, bühnenpraktischem Blick vor uns aufstellte. Seine instruktiven und fesselnden Ausführungen mündeten in einer Anekdote. Hierbei wurde von den Herren Meines, Hinrich und Heuser eine Szene aus der „Heiligen Johanna“ mit verteilten Rollen gelesen, einmal in der vollständigen Fassung, einmal in einem pseudo-expressivistischen Zusammenchnitt, der vielleicht ein wenig zu drastisch ausgemacht war, indem er beim Vergleich mit der vollen Fassung unrettbar komisch wirkte. Nun, wir konstatieren mit Zufriedenheit, daß wir bei der Aufführung nicht diesen pseudo-expressivistischen Ballungsstumpf, sondern den richtigen Kern vorgeteilt bekommen. Der eine Menge physischer Freiheit und geistiger Anteilnahme in sich birgt, die zu unterlagern den Hören und Betrachtern Schauder allerdings unerbittlich erscheinen würde. Jedem Kunst- und Theaterliebhaber kann der Besuch dieser Morgenfeier wärmstens empfohlen werden.

Dr. R.

Selbstfärbige
Rece Bleichseife
über 60%
Festgehalt
Preis 45 Pfg.
Prof. Cremer, Seifenwerke
Düsseldorf-Heerd, gegründet 1811

Da
Vor dem
vormittag 10
der Herner C
fürstliche Ge
Bahnhof So
Den Vor
Anlage ver
hum, die Be
Den Verhan
senbahndien
Die Verh
Tage und d
Solomotivfah
Der
Die Unkl
ben einen fu
13. Januar
Seine Fahrpl
7 Uhr 19 Mi
aber der Exp
pud und G
agerte sich d
der Aufstiegs
folgte der An
Der Ange
im Eisenbah
1903 die Prü
1907 wurde
Dortmund un
seit dem 1. M
dem Da-Zug,
allen Sonder
glück hatte e
10 übernahm
6 Uhr 30 Min
fahrplanmäßi
Dortmund wur
Rauel trat bei
die zwischen S
Station Bladen
Signale passie
später das Ein
Gerne, sodann
Hauptfahrst
ereignete sich
dem der Eisen
tätig war. Das
müßte für den
Dort zeigen.
an das Einfahr
ne auch Haupt
Licht stehen ge
Derausbeugen
Deter Entfernun
grünen Lichter
Hauptsignale b
sel erkennen
kommen das Bo
glaubt haben, d
zogen sei. In B
hof haltenden
weiter, er habe
hinter dem Ein
im Klaren gew
würde. Er will
in den Bahnhof
latenzen des Be
nur wenige, die
gewesen sei, so
den Zusammenst
Die gleichen M
motive, die über
nach der Lebn
„M. 1“ in „Fahr
rend er auf das
lamp behauptet,
fahrtsignal schon
heißes will Sei
fängt der Bahn
Daherlamp die
gelesen, sei sofor
Anspruch nicht
daß die über be
Zusammenstoß
brecher diese Sch
Anlagebehörde
gaben der Beide
nals und über d
Einlaufen in den
diese
durch
So hat Müller
nal „M. 1“ nach
bar wieder gefe
grundbegriffe d
ein Zug fahren.
ten, die bewirk
ich nicht regelnd
stellt werden kann
wärtsgelegene M
Zuge mehr befeht
Zug befeht, so mi
er frei, so sind be
der Begründung
stelle, insbesondere
Vorbereitung zur
Auslösung der ele
tung, welche die
Zuges selbst abh
Stellwerks „M
sonenanges 230
von Müller vorg
aues 230 vorbu
Daraus folgert d
dienstleiter Müller
aues 230 in den
„M. 1“ nicht Dr
Nachdem nun der
loft war, mußte
Einfahrtsignal
Räumtes Bild er
vorliegt. Dieses
kurze Zeit nach d
Die Anlagebe
so und unter we
der widerpögen

Das Herner Eisenbahn-Unglück vor Gericht

Herne, 6. April.

Vor dem erweiterten Schöffengericht begann heute vormittag 10 Uhr im Sitzungssaal des Amtsgerichts der Herner Eisenbahnprozess, welcher zur Unterlage das furchtbare Eisenbahnunglück vom 13. Januar 1925 im Bahnhof Herne hat.

Der Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Wessels, die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Krens. Bochum, die Verteidigung hat R. A. Frankl, Dortmund. Den Verhandlungen wohnten 5 Sachverständige des Eisenbahnbereichs bei.

Die Verhandlung beginnt mit der Verlesung der Anklage und der eingehenden Vernehmung des Angeklagten, Lokomotivführers Hermann Haberlamp aus Hamm.

Die Anklage.

Die Anklage wirft Haberlamp fahrlässige Eisenbahntransportgefährdung, fahrlässige Tötung von 23 Menschen, fahrlässige Körperverletzung von mehr als 80 Personen vor.

Der Standpunkt der Anklagebehörde.

Die Anklagebehörde gibt der Anklage eine ausführliche Begründung. Sie entwirft im ersten Teil derselben einen kurzen Bericht über das Eisenbahnunglück vom 13. Januar in Herne. Der Personenzug 230 soll in Herne fahrlässig 7 Uhr 18 Minuten ankommen und 7 Uhr 19 Minuten abfahren. Er traf pünktlich ein, da aber der Andrang der Reisenden stark war und viel Gedränge und Unruhe auszulassen vermochte, so verzögerte sich die Abfahrt desselben um 2 Minuten. Als der Aufsichtsbefehl den Auftrag zur Abfahrt gab, erfolgte der Anbruch.

Der Angeklagte Haberlamp befindet sich seit 1897 im Eisenbahndienst, seit 1898 im Fahrdienst, bestand 1903 die Prüfung zum Lokomotivführer und fuhr seit 1907 zunächst die Schnellzüge auf der Strecke Hamm—Dortmund und weiter über Herne nach Köln, und zwar seit dem 1. November 1924 hauptsächlich 6—6 mal mit dem D-Zug, wobei die Strecke Hamm—Herne ihm in allen Sonderheiten bekannt sein mußte. Vor dem Unglück hatte er 13 Stunden Ruhe gehabt. Der D-Zug 10 übernahm er an dem Unglückstage in Hamm um 6 Uhr 30 Minuten. Von Dortmund erfolgte die Abfahrt fahrlässig 7 Uhr 3 Minuten. Bei der Abfahrt in Dortmund wurde es schwach neblig, in der Gegend Rangel trat der Nebel dichter auf. Nachdem der D-Zug die zwischen Station Rangel und Herne gelegene Wadlader Station überfahren hatte, erreichte der D-Zug kurze Zeit später das Einfahrtsignal „M. 1“ für den Bahnhof Herne, fahrlässig etwa 680 Meter weiter gelegene Hauptfahrsignal „Hb“.

Der Zusammenstoß.

ereignete sich im Bezirk des Stellwerkes „Sns“, in welchem der Eisenbahnsekretär Müller als Fahrdienstleiter tätig war. Das Einfahrtsignal „M. 1“ nebst Vorfahrsignal für den D-Zug 10 auf „Halt“ stehen und rote Licht zeigten. Haberlamp behauptet, beim Heranfahren an das Einfahrtsignal „M. 1“ sowohl dessen Vorfahrsignal wie auch das Hauptfahrsignal selbst auf „Halt“ und das rote Licht gesehen zu haben, und zwar habe er beim Heranfahren aus der Lokomotive auf mindestens 50 Meter Entfernung die beiden fahrlässig nach oben liegenden roten Lichter des Vorfahrsignals und fahrlässig das rote Licht des Hauptfahrsignals in der gleichen Farbe genau und einwandfrei erkennen können. Er will außerdem beim Heranfahren das Vorfahrsignal für die Abfahrt gesehen und geglaubt haben, daß auch dieses Signal bereits für ihn gegolten sei. In Wirklichkeit galt es aber für den im Bahnhof haltenden Personenzug 230. Haberlamp behauptet weiter, er habe die erste Bremsung des D-Zuges gleich hinter dem Einfahrtsignal vorgenommen und sei sich im klaren gewesen, daß er in den Bahnhof einfahren würde. Er will deshalb mit geringerer Geschwindigkeit in den Bahnhof eingelaufen sein. Die roten Schlusslaternen des Personenzuges habe er erst gesehen, als er nur wenige, etwa 15—20 Meter von diesem entfernt gewesen sei, fahrlässig er trotz Fühlens der Schnellbremse den Zusammenstoß nicht mehr habe vermeiden können. Die gleichen Angaben hat der Zeiger des D-Zug-Lokomotives, Heibredel, gemacht, jedoch mit der Abweichung, daß er lediglich das Vorfahrsignal zum Einfahrtsignal „M. 1“ in „Halt“-Stellung beobachtet haben will, während er auf das Hauptfahrsignal nicht geachtet habe. Haberlamp behauptet, er habe kurz vor oder nach dem Einfahrtsignal schon gedreht. In der Höhe des Bahnhofs soll Heibredel ihn gerufen haben: „Halt! Halt!“ An dem Augenblick, als Haberlamp die rote Schlusslaternen des Personenzuges gesehen, sei sofort Schnellbremse erfolgt, weshalb der Anbruch nicht mehr so stark gewesen. Aus der Tatsache, daß die über der Feuertrichter stehende Kasse beim Zusammenstoß nicht mehr heruntergefallen sei, will Heibredel diese Schlussfolgerung aus dem Standpunkt, daß die Angaben der beiden über die Stellung des Einfahrtsignals und über die Geschwindigkeit des D-Zuges beim Einfahren in den Bahnhof unzutreffend sind. Sie hält diese durch Feststellungen widerlegt.

Durch Feststellungen widerlegt.

So hat Müller entschieden befunden, das Einfahrtsignal „M. 1“ nach Einfahrt des Personenzuges unmittelbar wieder gestellt zu haben. Nach den Sicherheitsgrundlagen der Bahn dürfe in einem Wadlader nur ein Zug fahren. Dafür ist die Wadlader-Einrichtung geschaffen, die bewirkt, daß das Einfahrtsignal in den Wadlader-Einrichtung regelmäßig Signal nur dann auf „Halt frei“ gestellt werden kann, wenn der in der Wadlader-Einrichtung vorwärtsgegangene Wadlader frei ist, das heißt, von keinem Zug mehr besetzt ist. Ist der Wadlader-Einrichtung durch einen Zug besetzt, so müssen Anfangs- und Endlicht rot sein, ist er frei, so sind beide Leuchten weiß. Eingehend wird in der Begründung der Anklage der Dienst in der Wadlader-Einrichtung, insbesondere die Signalabgabe behandelt, sowie die Vorbedingung zur Wadlader-Einrichtung, welche die Wadlader-Einrichtung von der Wadlader-Einrichtung selbst abhängig macht. Alle Einrichtungen des Stellwerkes „Sns“ hätten bei der Einfahrt des Personenzuges 230 ordnungsgemäß gearbeitet. So sei die von Müller vorgenommene Wadlader-Einrichtung des Personenzuges 230 ordnungsgemäß in Wadlader-Einrichtung eingebracht. Daraus folgere die Anklagebehörde, daß der Fahrdienstleiter Müller nach dem Einfahren des Personenzuges 230 in den Bahnhof Herne das Einfahrtsignal „M. 1“ nebst Vorfahrsignal auf „Halt“ gestellt haben muß. Nachdem nun der D-Zug von Wadlader-Einrichtung aus vorgeblauet war, mußte sich in der Wadlader-Einrichtung, daß das Einfahrtsignal „M. 1“ noch nicht bedient war, ein bestimmtes Bild ergeben, das in Rechnung des Stellwerkes vorliegt. Dieses Bild habe dem Befund des Stellwerkes kurze Zeit nach dem Unglück entzogen.

Die Anklagebehörde behandelt dann die Frage, ob und unter welchen Bedingungen dieser Befund mit der widersprechenden Aussage des Lokomotivführers

vom D 10, daß das Einfahrtsignal „M. 1“ auf „Halt“ gestanden, in Einklang gebracht werden kann. Hätte das Einfahrtsignal auf „Halt frei“ gestanden, so hätte, wie die Anklagebehörde folgert, normalerweise die Lastenperre sich auslösen, ihr Fensterchen weiß erscheinen müssen. Der Befund habe aber gezeigt, daß die Lastenperre unausgelöst, ein schwarzes Bild hatte. Dieses sei nur möglich gewesen,

wenn die Lastenperre verlagert hätte.

Das könne vorkommen. Da aber die Lastenperre weder vor noch nach dem Unglück verlagert habe, so ist ein Verlegen gerade bei dem D-Zug 10 u n w a h r s c h e i n l i c h, unwahrscheinlich auch, weil alle Blenden in Ordnung befunden wurden. Wäre es richtig gewesen, daß das Signal auf „Halt“ gestanden, so hätte Haberlamp dies beim Nebel aus einer geringen Entfernung von dem Signal wahrnehmen können. Die Anklagebehörde beurteilt dann drei Möglichkeiten in dieser Hinsicht, die sie sämtlich als ausgeschlossen ansieht, die auch nach den eideschwörenden Aussagen aller in Betracht kommenden Beamten des Stellwerkes nicht vorgelegen haben. Es bleibe der Schluss nur übrig, daß der Befund keinesfalls künstlich herbeigeführt worden sei. Der Fahrdienstleiter des Stellwerkes, Müller, hat nach Aussagen mehrerer Beamter sofort, als er den D-Zug einlaufen sah, mit Bestürzung gerufen:

Der D-Zug kommt ohne Signal herein.

Sodann folgere die Anklagebehörde aus vorerwähnten Tatsachen, daß der D-Zug von Wadlader-Einrichtung vorgeblauet gewesen und daß das Vorfahrsignal für seine Einfahrt nicht gestellt worden ist. Denkbar sei, daß nach Einfahrt des Personenzuges 230 der Signalführer zwar zurückgekehrt worden wäre, daß aber der Signalführer auf „Halt“ nicht gekommen wäre. Durch gewisse Einflüsse könne dieser Zustand bei mechanischen Stellwerken eintreten. Bei Einrichtung der elektrischen Stellwerke müsse die Möglichkeit, wie im vorliegenden Falle, eines derartigen Vorkommnisses ausgeschlossen. Störungen oder Unregelmäßigkeiten anderer Art seien bei den in Frage kommenden Signalen weder vor noch nach dem Unfall beobachtet worden. Noch sei der Fall denkbar, daß die äußere Signalführung zwar mit der Stellung des Signalführers auf dem Stellwerk übereingestimmt hätte, daß aber trotzdem

das Lichtbild des Signals ein falsches oder ein unbedeutendes,

so genanntes Zwitterlicht gewesen wäre. Aber auch diese Möglichkeit müsse ausgeschlossen. Es sei festgestellt, daß das Licht der Signale sowohl vor wie nach dem Unglück einwandfrei gewesen ist. Wäre es nicht einwandfrei gewesen, so hätte der Lokomotivführer nach seinem Dienstvorschriften den Zug zum Halten bringen müssen. Die Anklagebehörde hebt dann noch eine Aussage Haberlamps auf, seiner Rückfahrt nach Hamm am Unglückstage in Gegenwart des Professors Bruns herbeigeführt, daß er das Signal auf „Halt“ gesehen, dagegen aber nicht das zweite Signal, das Hauptfahrsignal, erblickt hätten. Das wiederum wird in der Anklagebehörde angeführt, daß die Beamten, die zehn Jahre lang das Schmieren der Signale überwacht und geprüft haben, ein Nichtfunktionieren derselben bisher nicht haben festgestellt. Am Freitag vor und am Freitag nach dem Unglück hätten bei der Prüfung die Signale tadellos funktioniert. Unmittelbar nach dem Unglück habe ein Beamter persönlich festgestellt, daß beide Signale die vorgeschriebene Halt-Farbe und Halt-Stellung hatten, und daß auch die täglich geprüften Scheiben in Ordnung gewesen, daß ferner die Lampen selbst ordnungsgemäß brannten und daß

von einer Zwitterstellung bei beiden Signalen keine Rede sein könne.

Die Anklagebehörde kommt aus all diesem zu dem zwingenden Schluss, daß das Einfahrtsignal „M. 1“ nebst dem Vorfahrsignal für den D-Zug 10 auf „Halt“ gestanden hat und in dieser Stellung von Haberlamp überfahren worden ist. Der Nebel sei zu der Zeit der Einfahrt des D-Zuges so dicht gewesen, daß man nur auf verhältnismäßig kurzer Entfernung Gegenstände und Lichter erkennen konnte, fahrlässig man mit besonderer Erschwerung in der Erkennung der Signale habe rechnen müssen. Der Lokomotivführer habe bei unsichertem Wetter besondere Vorsicht und Aufmerksamkeit anzuwenden, daher sei auch der Personenzug 230 vordringlich und langsam am Einfahrtsignal vorbei in den Bahnhof eingelaufen. Der Lokomotivführer des Personenzuges 230 hätte sich mit Mühe auf die schwache Lichtung mit dem Gedanken getragen, den Zug beim Heranfahren an das Signal „M. 1“ zum Halten zu bringen, um nicht das Signal zu übersehen. Da er aber im gegebenen Augenblick das Signal genau erkannt, so konnte er von seinem Entschluß Abstand nehmen.

Es sei unbedingte Pflicht des Führers des D-Zuges gewesen, bei starkem Nebel sich entweder persönlich oder durch den Zeiger von der Farbe der Signale durch Anhalten des Zuges und Ausfragen in Kenntnis zu setzen. Er sei trotz der überaus schlechten Sicht mit großer Geschwindigkeit an dem Signal „M. 1“ und an der Wadlader-Einrichtung vorbei in den Bahnhof eingelaufen.

Haberlamp bestreitet dieses. Nach Aussagen mehrerer Beamten hätten diese den Anbruch erhalten, als wollte er in Herne überfahren nicht halten. Daß der Anbruch außerordentlich heftig gewesen, zeige die furchtbare Zerschmetterung der letzten Wagen des Personenzuges. Der D-Zug sei mindestens 2 Minuten zu früh in den Bahnhof eingelaufen. Aus dem mitgeführten Ausfahrtsplan habe der Lokomotivführer des D-Zuges die genaue Ankunfts- und Abfahrtszeit in Herne kennen müssen. Am 2. Januar 1925 habe er noch ein Verzeichnisblatt erhalten mit dem Hinweis, daß der Personenzug 230 von dem D-Zug 10 in Herne zu überholen sei. Er habe somit keinesfalls am Unglückstage vorzeitig einreisen dürfen, da er bei dem starken Nebel unbedingt mit der Möglichkeit der Verletzung des D-Zuges vor ihm abzufahren Personenzuges 230 rechnen mußte. Haberlamp wolle nach seiner Uhr, die er in Dortmund gestellt habe, fahrlässig um 7 Uhr 24 Minuten in Herne angekommen sein, die Herner Bahnhofsbahn habe am dem Tage eine Verletzung von 2—3 Minuten gezeigt. Das treffe nicht zu. Wiederholt gemachte Feststellungen durch Vergleich der Zeiten mit denen anderer Bahnhofsbahnen hätten festgestellt, daß sie mit denen der Bahnhofsbahn in Herne höchstens um 10 Sekunden differiert hätten. Nach dem Unglück sei bei einer Prüfung durch einen Sachverständigen Haberlamp als fahrlässig festgestellt und normalistisch befunden worden. Die Anklagebehörde kommt dann in ihrem letzten Teil zu dem Schluss, daß das Unglück ausschließlich auf Versehen des Lokomotivführers Haberlamp zurückzuführen sei, daß er durch Unachtsamkeit der durch seinen Verzug und durch die für ihn vorliegenden erkenn-

baren Umstände eine besondere gebotene Sorgfalt nicht an den Tag gelegt habe.

Der Angeklagte blieb entschlossen bei seiner früheren Behauptung, beide Signale deutlich erkannt zu haben in dem dichten Nebel, sie hätten beide auf „Halt frei“ gestanden. Eine gegenteilige Aussage zu dem Zeugen Prof. Bruns müsse dieser irrtümlich aufgenommen haben. Er habe die Signale auf 50 Meter Sicht erkannt. Da die Strecke Hamm—Köln voller Abzweigungen, könne man unmöglich alle vorliegenden Abzweigungen kennen. Daß er in Herne den vor dem D-Zug 10 liegenden Personenzug zu überholen habe, stehe in seinem Fahrbuch nicht eingezeichnet. Rangel habe er planmäßig durchfahren. Der Angeklagte blieb auch dabei, daß er nach seiner Uhr fahrlässig in Herne eingetroffen sei, nach der Herner Bahnhofsbahn mit 2 Minuten Verzögerung. Bei unsichertem Wetter habe er in langsamer Fahrt nach Signal Auskunft gehalten. Er bestreitet, daß er mit großer Geschwindigkeit in den Bahnhof eingelaufen sei. Der Anbruch könne nicht übermäßig stark gewesen sein. Bei Einfahrt in den Bahnhof habe er sich seitwärts orientieren müssen, würde er nach vorn Sicht haben nehmen können, würde er die roten Schlusslaternen des Personenzuges eher gesehen haben, als auf 15—20 Meter.

Reichsbahnoberrat Rudolph ließ sich eingehend über die Art des Wadladers im Wadlader-Einrichtung aus, weiter über das Signalwesen, die Wirkung der Lastenperre bei ihrer Auslösung. Die Möglichkeit eines Verlegens derselben sei nicht ganz ausgeschlossen bei mechanischen Stellwerken, ausgeschlossen sei ein Verlegen bei elektrischen Stellwerken, wie man sie in Herne habe.

Sachverständiger Lokomotivführer Schöns legte dar, daß die Lokomotivführer nicht dem Sicherheitswesen der Bahn volles Vertrauen entgegenbringen. Das bedinge eine erhöhte Aufmerksamkeit, welche die Lokomotivführer ausüben. Der Sachverständige hielt den Fall für völlig ausgeschlossen, daß ein Lokomotivführer ohne Einfahrtsignal in den Bahnhof fahre, bei Haberlamp noch insbesondere, weil er als tüchtiger, erfahrener und nicht unerwarteter Beamter gelte.

Zeuge Heibredel war auf der Fahrt am 13. Januar dem Angeklagten als Zeiger beigegeben. Er erklärte, daß er deutlich und einwandfrei das Vorfahrsignal auf „Halt frei“ gesehen habe. Ein Irrtum seinerseits sei völlig ausgeschlossen. Das Hauptfahrsignal habe er bei der Fahrt nicht beachtet. Seit Jahren arbeite er mit dem Angeklagten auf der Lokomotive zusammen, habe daher ein Signal „Halt“ überfahren. Der Zeuge blieb bestimmt dabei, daß das Vorfahrsignal auf „Halt frei“ gestanden habe.

Seitens des Gerichts und der Sachverständigen wurde eine Lokalisierung des Wadladers Herne, des betreffenden Stellwerkes und eine der gesamten Signaleinrichtungen des betreffenden Wadladers vorgenommen, die bis in den Nachmittag hinzog.

Darauf trat eine Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

wurde der Augenarzt Dr. Schöndorfer-Hamm vernommen. Dieser hat bei Haberlamp normale Sehschärfe festgestellt, er bezeichne ihn als farbsensibel.

Zeuge Prof. Dr. Bruns wird über den Inhalt des Gesprächs vernommen, welches er am Unglückstage mit Haberlamp und dem Zeiger des D-Zuges auf der Fahrt nach Hamm geführt hat. Er habe ruhig seine Unschuld an dem Unglück bezeugt. Soweit er sich erinnere, habe er gesagt, er habe nur ein Signal gesehen. Von den beiden die Wadlader-Einrichtung, wisse er nicht. Der Nebel war an dem Unglückstage außerordentlich dicht. Der Zeuge hatte durchaus den Eindruck, daß der Mann ehrlich überzeuge, daß er voll seine Pflicht getan.

Zeuge Müller hörte auf derselben Fahrt, daß S. in voller Ruhe sich für schuldig bezeichne. Er habe das Signal trotz dichten Nebels gut sehen können. Der Zeuge hatte das Gefühl, daß im Stellwerk oder der Wadlader-Einrichtung nicht alles in Ordnung gewesen wäre.

Zeuge Eisenbahnsekretär Müller bedient seit 14 Jahren das fragliche Stellwerk, ein Verlegen der Signaleinrichtung sei niemals vorgekommen. Er läßt sich eingehend über den Dienst auf dem Stellwerk aus. 7.17 Uhr wurde der D-Zug schon gemeldet. Er habe den Wadlader-Einrichtung, die Wadlader-Einrichtung des Personenzuges zu beschreiben, da der D-Zug schon gemeldet sei. Bald darauf lief auch schon der D-Zug ein, er sei ungewiß, ob er sich schnell gelassen. Der Weichensteller hätte ihn gerufen: Der D-Zug fährt ohne Signal ein. Sofort habe er das Signal auf „Halt“ gesehen.

Verteidiger R. A. Frankl: Es ist doch nicht anzunehmen, daß der alte, treue Beamte, ohne das Signal zu empfinden, einfach in den feldkesselnden Wadlader hineingefahren ist.

Zeuge Müller: Der D-Zug ist mit einer Geschwindigkeit in den Bahnhof gefahren, als wenn er durchfahren wollte.

Zeuge Telegraphist Buchholz vom fraglichen Stellwerk: Am dem Tage war es sehr hell neblig. Der D-Zug ist sehr schnell eingelaufen; ich glaube, er wurde überhaupt nicht gehalten. Müller habe ich im Auge gehabt, ich habe nicht bemerkt, daß Müller nach Vorfahrt des D-Zuges nachträglich das Signal im „Halt“ geändert hat.

Zeuge Stellwerksmeister Lamach befand, er sei seit 1916 auf dem besagten Stellwerk. Hinter dem Personenzug ist das Signal „Halt frei“ wieder in „Halt“ geändert worden. Als der D-Zug herankam, habe ich sofort gerufen: Der D-Zug fährt ohne Signal ein. Von keinem auf dem Stellwerk ist an dem Signal etwas geändert worden. Nach Ansicht des Zeugen fuhr der D-Zug so schnell wie durchfahrende D-Züge.

Vert. R. A. Frankl: Was die Feststellung über die Geschwindigkeit des D-Zuges anbelangt, so werden noch Zeugen auftreten, die ein langsames Einfahren beobachtet haben.

Zeuge Bahnhofsvorsteher Kili an hat gleich nach dem Unfall ebenfalls das Signal „Halt“ festgestellt.

Dem Zeugen Starke unterliege alle Signale des betreffenden Wadladers. Eine Störung in dem Signaleseien hat der Zeuge nie beobachtet. Auch ihm ist eine scharfe Fahrt des D-Zuges aufgefallen. Am dem Hauptfahrsignal bemerkte er alsdann nach dem Unglück die rote „Halt“-Farbe.

Überwachungsbeamter Götze befand sich in dem D-Zuge. Er hat starkes Bremsen gemerkt. Nach dem Unglück ist er mit Haberlamp zu den Signalen gegangen und hat beide in Haltfarbe gefunden. Man mußte sich ihnen erblickend nähern, um sie zu erkennen.

Zeuge Lokomotivführer des Personenzuges 230 Stachl hat bei der Einfahrt die Signale erkennen können.

Zum Schluß der heutigen Verhandlungen stellte der Verteidiger R. A. Frankl den Antrag auf Vernehmung eines Spezialgutachters auf dem Gebiet der Elektrizität. Die Signale haben verfahren, eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Ich beantrage einem Elektrotechniker ersten Ranges, etwa einem Spezialgelehrten der Charlottenburger Hochschule, die sehr komplizierte Frage zur Entscheidung vorzulegen.

Der Staatsanwalt bemerkt, daß er sich die Stellungnahme zu diesem Antrag vorbehalte. Nach Vernehmung des Gutachters Reichsbahnrat Rudolph erklärte der Vorsitzende, daß das Gericht sich die Entscheidung für die morgige Sitzung vorbehalte. In den Abendstunden trat Verhandlung auf Dienstag 9½ Uhr vormittags ein.

Letzte Drahtmeldungen.

Die Krise in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 6. April. Wie wir vom Verband der Berliner Metallindustriellen erfahren, verlangen die Kupferfirmen von 6 Betrieben, und zwar von den vier Lokomotivfabriken Vöslag, Drenthel, Koppel, Schwarzfuss und U. E. G. Henningsdorf, sowie in den A. E. G. Turbinenwerken und bei Daimler eine 15 prozentige Erhöhung des Stundenlohnes von M. 1,02 auf M. 1,20. Die Arbeitgeber lehnten die Forderung ab, da dies bei der derzeitigen Geschäftslage in der Metallindustrie nicht tragbar sei. Die Kupferfirmen der 6 Betriebe traten am 30. 3. in den Streik. Die übrigen Metallarbeitergruppen sind aber abhängig von der Arbeit der Kupferfirmen. So müssen heute in den 6 Betrieben mehrere Abteilungen mit zusammen 7800 Arbeitern stillgelegt werden. Der Arbeitnehmerverband nahm keine Aussperrung vor.

Brand eines Gutshofes.

WLD. Caltrop, 6. April. In Caltrop brannte das tausendjährige alte Haus Gollenberg mit allen Wirtschaftsgebäuden ab. Auch das Inventar ist gänzlich vernichtet. Der Schaden ist sehr groß; man vermutet Brandstiftung. Das Gut gehört dem Grafen Westphal-Giesenberg.

Erdbebenkatastrophe in Mexiko.

TU. New York, 6. April. Aus Mexiko-City wird gemeldet, daß Guadalupe, Victoria und Manuilla in Mexiko morgens von Erdbeben heimgesucht worden sind. Man spricht von Tausenden von Toten, jedoch sind Menschenleben nicht zu beklagen, da das Erdbeben größtenteils unterirdisch und ohne Eruptionen verlief.

Die Wahlen in Nordirland.

TU. London, 6. April. Nach den bisherigen Wahlergebnissen wurden in das nordirische Parlament gewählt: 14 Unionisten, drei Nationalisten, zwei unabhängige Unionisten, ein Arbeiter und ein Republikaner. Das endgültige Ergebnis wird nicht vor Dienstag oder Mittwoch vorliegen.

Reichstagsabgeordneter Gerstenberger gestorben.

TU. Berlin, 6. April. Reichstagsabgeordneter Gerstenberger, der der Bayerischen Volkspartei angehört, ist, wie der Berliner „Total-Anzeiger“ meldet, heute früh an den Folgen einer Blinddarmpoperation in Berlin gestorben.

Die Rigaer Konferenz.

Was nach russischer Darstellung verhandelt wurde. Moskau, 6. April. Die Jusschitz meldet aus Riga, die Erklärung des polnischen Außenministers, daß die Besprechung der Generalabgabe auf der Rigaer Konferenz ausschließlich Abrüstungsfragen und den Militärhaushalt im Sinne des Völkerbundes betreffen würden, sei unzutreffend. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß Finnland an der Konferenz nicht teilgenommen habe, während Rumänien vertreten gewesen sei. Die Jusschitz fährt fort, die Konferenz stehe unabweisbar im Zusammenhang mit der jüngsten Reihe des estnischen und polnischen Außenministers nach Paris, die das Eingeständnis führender französischer Kreise zum Zusammenbruch der Konferenz eingeholt hätten. Die Konferenz befasse sich mit der Vorbereitung eines Militärabkommens zwischen Polen, Estland und Lettland gegen die Sowjetunion und Deutschland. Eine Festschreibung der Konferenz über das Programm der Konferenz besage, daß neben den genannten Ländern Rumänien diesem Bündnis beitreten wolle.

Der Ausfall in Südwestafrika beendet.

Windhof, 5. April. Die Revolte ist ohne Blutvergießen unterdrückt worden. Der Stamm der Hoshobots hat sich bedingungslos unterworfen.

Die Genidfarre im Saargebiet.

Saarbrücken, 6. April. Im Ortsteil Papiermühle der Gemeinde Schwabach, Kreis Saarbrücken, ist eine Genidfarre ausgebrochen. Bis jetzt sind im ganzen 3 Todesfälle zu verzeichnen. Die Kinder des betreffenden Ortsteils dürfen die Schule nicht besuchen und die Arbeiter dürfen nicht zur Arbeit gehen.

Unruhen in China.

London, 6. April. Reuter berichtet aus Peking: Die Truppen der Regierung von Honan griffen die Stadt Shenki (?) an, wo der britische Missionar Tomkinson und seine Frau stationiert sind. Tomkinson sagt, daß ihr Leben und das der Beirateten der Streitkräfte verfallen sei, falls die Stadt eingenommen wird. Die britische britische Gesandtschaft erhob Vorstellungen beim chinesischen Außenministerium, welches daraufhin auf den Militärkommandeur von Honan telegraphierte und dringend ersuchte, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um Leben und Eigentum Tomkinson und das anderer Ausländer zu schützen. Die britischen Truppen seien ebenfalls mit dem Kampf geheimerer Anwärter auf die Stellung des Militärkommandeurs der Provinz Honan in Verbindung.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und Gabel: Dr. E. Meißner; für Lokales und Letzte Nachrichten: Ernst Henke; für Provinzialles und Sport: A. E. Dente; für den übrigen Teil: stellv. Unterhaltungsbeilage: Julie Schönlank; für Inserate und Melamen: Emil Wille, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Das Beste ist stets das Billigste!

Herren-Artikel

Einsatzhemd sehr preiswert mit guten Rips-Einsätzen	2,95, 2,80,
Perkal-Oberhemd gute Qualität mit 1 Kragen	4,75, 5,90,
Perkal-Oberhemd Bielefelder Ausführung, mit 2 Kragen	7,50, 8,75,
Weisses Oberhemd mit steifer Manschette, gute Makkoware mit Ripseinsatz	8,50, 12,50,
Weisses Oberhemd mit la. Ripseinsatz u. Doppelmanschette	8,75, 12,50,
Farbige Binder sehr billig, gute Kunstseide	0,80, 1,95, 1,45,
Farbige Binder gute Halbseide	2,65, 4,20, 3,90,
Farbige Binder la. reine Seide	4,80, 7,50, 5,50,
Fertige Schleifen für steife und weiche Umlegekragen	0,10, ab
Sockenhalter la. Gummi, beste Ausführung	0,75, 1,25, 0,95,
Hosenträger solide Qualitäten	0,85, 1,95, 1,65, 1,10,
Weiche Ripskragen gute Ware	0,35, 0,65,
Stehkragen, Klappchenkragen, Stehumlege- kragen in allen Formen und Preislagen vorrätig.	

Taschentücher

Kindertücher	0,12, 0,25, 0,20, 0,15,
Herrentücher la. Linon	0,30, 0,45, 0,35,
Herrentücher la. Zephir mit bunten Rand oder kariert	0,40, 0,70, 0,45,
Damentücher weiß Batist mit Hohlraum	0,20, 0,35, 0,25,
Damentücher weiß Batist, festoniert	0,25, 0,45, 0,35, 0,20,

Damen-Wäsche

Damenhemd mit Träger, aus gutem Nessel	0,98
Damenhemd Schulterabschluß, gutes Hemdentuch, mit Lochbogen	1,40
Damenhemd mit Träg., gut. Wäschetuch m. Hohl- od. Feston 1,60,	1,50
Damen-Beinkleid offen, gutes Hemdentuch mit Barmer Bogen	1,55
Damen-Beinkleid geschlossen, gutes Wäschetuch mit Barmer Bogen	1,95
Damen-Beinkleid offen, gute Ware m. Feston od. Hohlraum 2,50, 2,10,	2,00
Damen-Nachthemd mit Feston, sehr billig, Kimonoform	2,75
Damen-Nachthemd mit Hohlraum, gutes Hemdentuch, Kimonoform	3,25
Damen-Untertaille sehr billig, lange Form mit Hohlraum	0,75
Damen-Untertaille gute Ware, lange Form mit Feston 1,95, 1,25, 1,10,	0,95
Damen-Röcke m. Feston-Volant, gute Ware, sehr preisw. 5,75, 5,90,	3,00

Schürzen

Jumperschürzen sehr günstig, gute Siamosenware	1,95, 2,75, 2,50,
Bordschürzen vollwert, guter Druck u. Siamosenware Sonderpreis	1,85
Jumperschürzen extra billig, bedr. Cretonne	0,95
Weisse Kinderschürzen gute Qualität, Lg. 40 + 15	1,85
Knaben-Schürzen la. Zephir, Lg. 40 + 15	0,85
Servierschürzen mit Fältchen und Hohlraum garniert	1,95, 2,50,

Korsetts

Büstenhalter la. Hemdentuch	0,85, 1,00,
Büstenhalter la. Trikot, weiß, rosa	1,65, 1,95,
Korsett la. grau Drell, lange Form	1,95
Hüfhalter weiß Drell, mit Halter	2,40, 2,80,

Handschuhe

Damen-Handschuhe sehr billig, Trikot, farbig und schwarz	0,95
Damen-Handschuhe la. Trikot, mit Seidenraupe und Riegel	1,50, 1,75,
Herren-Handschuhe Trikot, sehr preiswert	0,95
Herren-Handschuhe la. Trikot, mit Seidenraupe	1,15, 1,85,

Strumpfwaren

Damenstrumpf schwarz, gute Bwl. Qual., mit Doppelsohle	0,75, 0,95,
Damenstrumpf schwarz und lederfarbig, gute Qual., mit Seidengriff	1,10, 1,25,
Damenstrumpf schwarz und lederfarbig la. Macco, „Clemens Spezialmarke“	1,80
Damenstrumpf la. Seidenflor, in allen Farben	1,90, 2,40, 2,00,
Damenstrumpf schwarz, Kunstseide	1,95
Damenstrumpf la. Kunstseide, schwarz und farbig	2,95
Bwl. Herrensocken grau	0,45
Bwl. Herrensocken farbig	0,60, 1,10, 0,95, 0,75,
Herrensocken besonders billig, la. Seidenflor und Kunstseide	1,75, 1,85,

In Modewaren wie Plissés, Besätze, Rips-Bubikragen, Jabots, Kleiderwesten mit Kragen, Kieler Kragen und -Knoten, Lackgürtel und Wildleder-Gürtel unterhalten wir ein reichhaltig sortiertes Lager.

L. CLEMENS, BOCHUM

Das Haus der guten Qualitäten.

Pianohaus
Hilger
Essen
im Herminkehaus.

Alleinvertretung der Firmen
Steinway
Blüthner
auch für
Bochum.

Deutschlands größte
Auswahl feinsten Fabrikate.

Verlangen Sie bitte die Preislisten.

Ausstellung
für
Gesundheitspflege
Bochum

Oberrealschule I Goethestraße.

Geöffnet 11-8 Uhr Sonntags 11-6 Uhr
Eintritt: Erwachsene 30 Pfg.
Kinder in Begleitung 20 Pfg.
Straßenbahnhalte 9. Haltestelle: Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Pianos
mo.orne
klingschöne
von 1050 Mk. an.
Teilzahl. gestattet
Pianohaus
MARKS
Kaiser Wilhelmstr.

Photoapparate
für Anfänger
und Fortgeschrittene.
Beste u. billigste Bezugsquelle.
Wegener & Hamer, Kortumstr. 8
Fachgeschäft für Photo- und Kinobedarf.

Verlobungs-Ringe
Springen nicht Fugenlos Platzen nicht
in 335, 585, 750, Gold. Große Auswahl, billig.

Uhren-Rave
Bochum, Bonnardstraße 23. Telefon 2593

Schüler, die in Sexta nicht ankommen oder Ostern sitzen
bleiben, gehen stets sofort in
Pfarrer Engels Privatanstalt, Bochum, Gahlenschestraße 196.
Einschulung für alle Klassen, Oll und Abitur, Schlußprüfung (seit 1920 be-
standen 130 Einjährige). Pensionspreis ab 20 Mk., Abendkurse, Adteste
Anstalt im Industriebezirk (seit 1905) individuell

Hoffmann'sches Konservatorium
Kortumstr. 18 Bochum Fernruf 3048

Bad Soden-Werra
Kafarrhe - Asilma
Kurbeginn: 18. April

Kaffee
Hackert

Diese Woche
Spezialität:
Mokka-
Sahne-Torte

Weißkalk
eingetroffen.
Steff & Blum
Bochum,
Wittenerstr. 31,
Telefon 4290.

Wer hat Interesse
am Siedeln?
wer will eine
Landwirtschaft
unter günstigen Be-
dingungen erwer-
ben? Etwas Bar-
kapital oder Besitz-
tum muß vorhanden
sein. Ang. unt. Nr.
51899 an die Exp.
dieser Ztg.

Journalist's Zwoinbank
olluzit fuf das große Plan
Rufmuf mehren.

Wie man ihn zu pfützen
muß,
Zweit mein große
Kundankreis.

Donnerst. Zwoinbanköffnung
Kortumstr. 5

LOUIS SCHMIEDEKNECHT
GEGRÜNDET
1871
BOCHUM

Teppiche, Läufer,
Dekorationsstoffe und Gardinen
in künstlerischer Ausführung und großer Auswahl
• Polstermöbel aus eigener Werkstatt •

Louis Schmiedeknecht
Bochum, Wittener Straße 36-42 • Fernruf 3825/26
Besichtigen Sie bitte meine Ausstellungsräume

Es droht Gefahr
daß Ihre Lunge krank wird,
wenn Sie nicht sofort Ihren Husten beseitigen. Denken Sie
an die schmerzhaften Folgen und holen Sie sich noch heute die
seit Jahre in den berühmten Kurbädern Bad Nauheim
Homburg. Allein erst zu haben im Kurbad Hofener Kurbad-
haus, R. Marnach, Bochum, Wittenerstraße 3.

Bochums Haushaltsplan für 1925.

Oberbürgermeister Dr. Ruer in der Stadtverordneten-Versammlung über den städtischen Voranschlag - Bürgermeister Dr. Geper über die städtischen Finanzen.

Bochum, 6. April.
Oberbürgermeister Dr. Ruer hat heute Gelegenheit genommen, in großzügigen Ausführungen die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt zu kennzeichnen. Daß dabei in der Beantwortung der Frage, wer denn eigentlich für die gegenwärtige Lage der Gemeinden die Verantwortung trägt, Licht und Schatten etwas ungleich verteilt werden mußten, war selbstverständlich. Sicher ist, daß das Reich nicht allein der Schuldige ist, daß vielmehr die ganzen Verhältnisse, unter denen wir auch jetzt noch der Stabilisierung leiden, ein gewichtiges Teil Schuld tragen. Aber das Reich hat es jedenfalls bisher nicht für nötig gefunden, sein Unrecht zu den Gemeinden wieder gutzumachen. Die Gemeinden sollen sich vielmehr selbst helfen. Trotzdem muß man sagen, daß unser Haushalt mit aller Vorsicht aufgestellt worden ist, und daß gerade auf finanziellen Gebieten die Schwierigkeiten besonders groß sind, das hat in der heutigen Sitzung Bürgermeister Dr. Geper als Finanzdegrement in einer längeren Rede gleichfalls beleuchtet. Wo Abstriche an den Ausgaben gemacht werden konnten, ist es geschehen. Allerdings wird es über die Deckungsfrage bezüglich der notwendigen Mehrbelastungen in der Stadtverordnetenversammlung noch große Meinungsverschiedenheiten geben. Wenn es kein Zweifel unterliegt, daß es richtig ist, etwaige Mehraufwendungen nicht aus Anleihemitteln zu decken, so gibt es schließlich hinsichtlich der Deckung doch eine Reihe von Möglichkeiten. Für einige dieser Möglichkeiten hat sich der Magistrat entschieden, aber die endgültige Entscheidung über den Magistratsvoranschlag wird erst in der morgigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung fallen.

Heute erledigte man nur die Abschnitte Bauwesen, Betriebsverwaltungen, Polizei und Verkehr und Schulwesen. Es gab eine freundliche Erinnerung, daß der man aber im wesentlichen das Gefühl hatte, daß hier das Gute etwas zu viel getan wurde. Dabei gab es natürlich bei den Kommunisten eine Bewilligungsfreudigkeit, als ob die Stadt im Gelde schwimme. Von den meisten ihrer Anträge blieb nicht viel übrig, sie waren bei den Kommunisten offenbar nur aus einem reinen Agitationsbedürfnis heraus gestellt. A. V. ein Antrag, der nicht weniger als eine Million Mark für die Spelung armer Schulkinder forderte. In der Zeit der vor fast allen Gruppen gestellten Anträge ging beinahe alles unter, ihre Annahme hätte den so sorgsam aufgestellten Haushaltsplan völlig über den Haufen geworfen. Aber das, was nicht wie die kommunikations Anträge wie ein Strohhalm herabgekommen, was vielmehr die Abstimmungen überstand, das durfte man als wertvolle Ergänzungen des Haushaltsplans begrüßen, u. a. einen von der Stadt. Dabei noch kurz begründeten Antrag der Deutschen Volkspartei betr. Einführung einer Versicherung aller Schüler gegen Unfälle und Wertverluste. Die Stadt. Schüler (D. V.) zum Straßenbauwesen gab. Eine Reihe von Anträgen, die die Stadt. Schüler (D. V.) zu den höheren Schulen fiel dagegen glatt unter den Tisch. Jumeist blühte der Antragsteller nur allein für seinen Antrag. Von jetzt an wird übrigens nur noch eine Lesung des Haushaltsplans stattfinden, denn die zweite Lesung trug bisher doch nur einen mehr formellen Charakter und hat sich schon lange als überflüssig erwiesen. Hoffentlich beschränkt man sich bei der morgigen Fortsetzung der Haushaltsberatung in der Aussprache auf das Notwendigste und verzichtet sich nicht in unerföhrlichen Polemiken, wie sie heute in so ausgiebigem Maße, besonders von der Linken bestritten wurden. Zum Glück machten aber zwei Anträge auf Schluß der Aussprache weiteren unfruchtbaren Erörterungen ein Ende, sonst hätte man schließlich nicht einmal die genannten vier Abschnitte erledigen können.

Am Magistratsstisch: Erster Bürgermeister Dr. Ruer, Bürgermeister Dr. Geper, Stadtbaurat Diefenbach, Stadträte Stumpf, Krüsmann, Gilling, Brauns, Thöne, Stadtkämmerer Stollath, Vizebürgermeister Dr. Ruer.
Stadtverordneten-Vorsteher Hagenstock eröffnete die Sitzung und teilte mit, daß ein Antrag betr. Änderung der Geschäftsordnung eingebracht sei. Danach soll der § 18 geändert werden dahin, daß künftig nur eine Lesung des Haushaltsplanes stattfinden soll.
Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters.

Vor Eintritt in die Haushaltsberatung nahm Erster Bürgermeister Dr. Ruer das Wort zu folgenden Ausführungen:

Nach ausdrücklicher Vorchrift unserer Stadtordnung hat der Magistrat bei der Beratung des Haushaltsplans Ihnen Rechenschaft über die Verwaltung des vergangenen Jahres abzulegen. Wir erfüllen diese Pflicht, indem wir Ihnen einen ausführlichen schriftlichen Bericht übermitteln. Ich selbst will mich in meinen Darlegungen auf ein paar grundsätzliche Bemerkungen beschränken, alles weitere aber dem Herrn Bürgermeister als Finanzdegrementen überlassen.

Die Staatsregierung hat geglaubt - ich komme darauf nachher noch im anderen Zusammenhang -, bis zur Räumung des Industriegebietes manche dringliche Aufgaben, so die kommunale Neugliederung, hinauschieben zu sollen.

Wirtschaftlich hat das verflossene Etatsjahr zweifellos einen Anstoß zur Besserung gebracht. Die Währung, die im November 1923 stabilisiert wurde, und die im April 1924 noch starken Erschütterungen ausgesetzt war, hat durch eine konsequente Politik der Reichsbank sich gehalten und im In- und Auslande Vertrauen erobert. Aber wir sind - und das muß auch bei der Beratung eines kommunalen Haushalts hervorgehoben werden, weil es auch für diesen von erheblichem Einfluß ist - noch keineswegs über den Berg. Solange wir mehr aus dem Ausland einführen als ausführen, solange unsere Zahlungsbilanz passiv ist, schweben un-

serer Wirtschaft. Mit 2 1/2 Milliarden Goldmark ist im letzten Jahr unsere Zahlungsbilanz passiv gewesen. Diese 2 1/2 Milliarden sind gedeckt worden zunächst aus den in das Ausland gestückelten deutschen Kapitalien und sodann mit Auslandskrediten. Eine weitere Verschuldung unserer Wirtschaft an das Ausland ist also die ernsthafte Folge. Sie mahnt uns zu zweierlei auch für unser städtisches Wirtschaften: An eine

verstärkte Sparanleihe, also an eine Beschränkung der Ausgaben, und an erhöhte und verbilligte Produktion, damit wir ausführen können, damit wir wieder wettbewerbsfähig gegenüber dem Ausland werden.

In der Beschränkung der Ausgaben hat uns die Handelskammer in einer Denkschrift, auf die im einzelnen einzugehen, Aufgabe späterer Beratungen sein wird, auf die erhöhten Personalverlusten hingewiesen und versucht, einen Vergleich zum Frieden zu ziehen. Im Ziel bin ich mit der Handelskammer durchaus einig, daß wir in den öffentlichen Verwaltungen, in Reich, Staat und Gemeinde, aber darüber hinaus auch in der Privatwirtschaft, was nicht vergessen werden mag, zu einer Verminderung der Verluste kommen müssen. Ich möchte das, soweit die Stadt Bochum in Frage kommt, mit als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnen. Zur Zeit aber sind uns die Hände gebunden. Wir haben zweierlei Schranken gesetzgeberischer Art. Einmal sind wir nach einem preussischen Gesetz vom 8. Juli 1920 verpflichtet, mindestens diejenigen Einnahmen zu zahlen, die im Staat gezahlt werden, während wir andererseits reichsrechtlich nach dem Verordnungsverfahren auch nicht höher gehen dürfen als Reich und Staat. Eine Herabminderung der Kosten wäre nur durch einen planmäßigen Personalabbau möglich, der aber daran scheitert, daß die Abwässerung aus Gründen der Politik bisher im besetzten Gebiet nicht eingeführt ist. Wir müssen also auch, soweit wir Abhilfe schaffen könnten, die Belastung des Verwaltungsapparates mit durchschleppen und können nur irregulär bei freierwilligen Stellen einsparen.

Was die private Wirtschaft betrifft, auf der wir stehen, so stehen wir bekanntlich im Augenblick in einer schweren Krise des Vertrauens. Stilllegungen sind an der Tagesordnung, namentlich bei den unrentabel gewordenen Südzügen. Daraus resultiert Erwerbslosigkeit mit ihren sozialen Gefahren und mit ihren finanziell verhängnisvollen Auswirkungen, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Anschwellung des Wohlfahrtsrats. Hier einen Ausweg zu suchen, steht außerhalb unserer Macht. Aber künftiger Erwerbslosigkeit Einhalt zu gebieten, sie zu vermeiden, wo sie vermeidbar ist, das sollte dringende Staatsaufgabe sein. In Gemeinden unserer engen Nachbarschaft ist infolge der steuerlichen Überlastung der Industrie die Gefahr nahegerückt, daß aus rein fiskalischen Gründen wegen Überlastung der Gewerbesteuer Stilllegungen erfolgen werden. Hier muß die Staatsregierung schleunigst Wandel schaffen und auch anderweit kommunale Abgrenzung der Wirtschaft helfen, nicht aber durch ein hartes Prinzip, daß während der Besatzungszeit die Eingemeindungsfrage nicht angerührt wird, ein vermeintliches Heil heraufbeschwören. Ich habe diesbezüglich vor wenigen Tagen die ersten Vorstellungen in Berlin in Gemeinschaft mit den beteiligten Faktoren der Industrie und der Handelskammer erhoben und darauf hingewiesen, daß wir in der Besatzung keinen Grund sehen können, die kommunale Aufstellung überhaupt, zum mindesten aber in ihrem unbefristeten Teil, sofort durchzuführen.

Nur zur Einnahmeseite des Etats.

Was die Steuern angeht, so lösen wir jetzt noch und vorläufig bis zum 30. September d. J. im Zeichen des Zucht und Spars. Kleiner Steuerträger ist bei der Einkommensteuer das Reich, das 90 Proz. den Ländern und Gemeinden überläßt. Die Städte, als Selbstverwaltungskörper, haben mit Entschiedenheit von Anfang an dieses System bekämpft, da es die Vernichtung der Selbstverantwortung in finanziellen Dingen und damit der Selbstverwaltung überhaupt bedeutet. Als Erfolg dürfen wir buchen, daß vom 1. April 1924 ab wieder die Zuschlagshebung für die Einkommensteuer freigegeben werden soll, da man allmählich einsieht, daß eine vernünftige Ausgabenpolitik der Gemeinden nur dann zu erreichen ist, wenn sie für ihre Ausgaben selbst Deckung zu suchen haben, daß die unwürdige und so unumgängliche Kontrolle der Ausgaben durch Staat und Reich versagen muß, weil der Reichsfinanzminister nicht die Befolgung jenes letzten Nachwächers in seiner Einkunftsprüfung nachprüfen kann. Es ist bedauerlich, daß der Reichswirtschaftsrat in einer jüngst gefassten Entschließung diese Zusammenhänge scheinbar nicht zu erkennen vermag, und sein Gutachten für die Aufrechterhaltung des Zuschlagsystems abgegeben hat. Wie immer die endgültige Regelung ausfallen mag, für das laufende Jahr müssen wir mit der Fortführung der Zuschlagswirtschaft rechnen. Da haben wir nun lebhafteste Klage zu führen, die sich zur Anlage steigert, wir und die Industriegemeinden des besetzten Gebietes überhaupt. Denn der Verteilungsschlüssel der Reichs- und Provinzialsteuern ist ein unmöglicher, ein ungerechter.

Während für das Jahr 1924 das örtliche Aufkommen in Bochum an Einkommensteuer, wie der Herr Bürgermeister neulich bereits ausgeführt hat, 10 1/2 Millionen Mark betrug, und wir 34,2 Prozent gleich 3 600 000 Mark davon erhalten sollten, haben wir mit allen Zuschüssen und Ausgleichszahlungen nur 2 600 000 bekommen, sodaß 1 Million Mark im Defizit bleibt. Es ist selbstverständlich, daß wir nicht erlahmen werden, die hier fehlende Summe heranzuziehen. Aber als sicheren Rechnungsfaktor können wir diese Beträge, die wir schon mit 700 000 Mark in den Etat eingesetzt haben, und die sich infolge weiterer und abträglicher Notverordnungen der Staatsregierung von Ende März um eine weitere Million erhöht haben, nicht betrachten. Dementsprechend müssen wir wenigstens teilweise Deckung bei den Steuern suchen, die uns noch geblieben sind. Zunächst haben wir aus den städtischen Werken erhebliche Mehrbeträge, und zwar 350 000 Mark, durch Kürzung von Sonderabgaben in den ordentlichen Haushalt aufgenommen. Das bedingt natürlich in Verbindung mit einer Erhöhung der Gesehenskosten höhere Preise für die Wertprodukte. Namentlich der Gaspreis war bisher verhältnismäßig niedrig. Mit 13 Pfg. pro Kubikmeter standen wir hinter Berlin, Frankfurt, Hamburg, Düsseldorf, Köln, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen erheblich zurück. Wir haben diese Spanne aufgeben müssen und uns dem Gaspreis der genannten Städte angepaßt. Den städtischen Werken droht dabei von der künftigen Steuererhebung erhebliche weitere Gefahr, indem sie der Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie der Vermögens- und Umsatzsteuer unterworfen werden sollen.

Auf dem Gebiete der Realsteuern nimmt die Belastung zu. Ebenso wie unsere Nachbarkreise schlagen wir vor, die Grundsteuer um 100 Proz., also von 150 auf 250 Proz. zu erhöhen. Gelsenkirchen will darüber noch hinaus gehen und 280 Proz. erheben. Essen mit 225 Proz. bleibt ein wenig zurück. Diese Belastung bedeutet eine Erhöhung der Miete um 4 Proz. des Friedensbetrages. Auch die kommunalen Zuschüsse zur Hauszinssteuer glauben wir nicht entbehren zu können, indem wir auch hier unseren Nachbarkreisen Gelsenkirchen, Essen, Duisburg folgen - wiederum 4 Proz. der Friedensmiete Mehrbelastung.

Bei der Gewerbesteuer haben wir zwar scheinbar eine Ermäßigung vorgeschlagen, indem wir die Lohnsummensteuer von 3 Prozent auf 2 1/2 Prozent und die Ertragssteuer von 1000 Prozent auf 600 Prozent senken wollen. Allein der Gesamtbetrag, der aus der Gewerbesteuer uns zufließen soll, wird erhöht, da mit einem höheren Aufkommen wie im Vorjahre zu rechnen ist. Auch hier folgen wir dem Beispiel unserer Nachbarkreise, in denen die Einnahme die gleiche sind. Ich gehe ohne weiteres zu, daß namentlich die Lohnsummensteuer einen hohen Maßstab darstellt. Aber wir befinden uns finanziell noch in einem Übergangsstadium aus den Wirren der Inflationswirtschaft in die stabile Währung, aus dem Notations- und Zuschlagssystem zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung, und wir können in solchen kritischen Zeiten, in denen die Veranlagungsgrundlagen fehlen, schwerlich Experimente vornehmen, die zwar auf steuerpolitischer gerechter Grundlage beruhen mögen, aber in ihren Erträgen ganz ungenügend bleiben würden.

Dieses Steuerbudget ist uns selbst höchst un sympathisch. Es wirkt sozial ungerecht, vielleicht sogar produktionshemmend. Wir werden darum die Schwere der Belastung, die soziale Ungerechtigkeit der Verteilung immer wieder den Zentralstellen vor Augen halten müssen, damit wir schnelle und wirksame Abhilfe in Aussicht stellen können. Sobald wir dort durchdringen - und wir hoffen auf die Unterstützung der Abgeordneten und der Wirtschaftskreise unseres Bezirks -, ist es selbstverständlich, daß eine Erleichterung stattfinden muß. Auf die Dauer kann man dem Industriegebiet wirklich nicht die Aufgabenstellung zuweisen, nur Einnahmen und Werte zu schaffen, deren Nutzen hier allein die anderen sein sollen. Das scheint bisher die übliche Einstellung allerorts gewesen zu sein, nicht nur bei den Zentralbehörden des Reiches und des Staates, sondern auch bei den Berliner Großbanken, die zwar gegen die Depositionen aus dem hiesigen Bezirk nehmen und nach Berlin abführen, aber nichts für die örtliche Wirtschaft übrig haben, wenn es sich um deren Interessen, wie beim Hotelneubau, handelt. Nachdem diese Tatsache deutlich geworden ist, nachdem die Gutachten nicht allein der Stadt wegen der Haltung der Zentralen den hiesigen Fiskalen entzogen worden sind, stehen diese allein auf weiter Flur als die einzigen Wirtschaftskreise, die sich von einer Beteiligung ausgeschlossen haben und fürchten, daß ihnen die Rolle weggeschwommen.

Nur aus dem Gefühl, daß das Industriegebiet gut genug ist, Werte zu schaffen, ist es erklärlich, daß wir Industrieabfälle uns vereinigen müssen - eine Vorlage in der nächsten Sitzung wird Ihnen das beweisen -, um zum Beispiel unseren hier aufgetragenen Anteil an dem Ausgleichsfonds der Hauszinssteuer für Bauzwecke hierher zu bekommen, während er bisher nach den Absichten des Ministeriums für Volkswirtschaft für landliche Zielungen im Osten verwendet worden ist. Es ist wirklich ein hartes Stills, in Anbetracht der hiesigen Wohnungsnot uns zuzumuten, daß wir trotz Bekämpfung der Steuern anbringen, um Zielungen im Osten zu schaffen. Ebenso geht es bei der Einkommensteuer, deren

hiesige Erträge weniger glücklicheren Städten zugewiesen werden infolge des von mir oben erwähnten falschen Verteilungsschlüssels. So geht es mit allen übrigen staatlichen Wohltaten. Wir sind nur gut genug, um hier zu erarbeiten, was den anderen zugute kommt.

Wenn beispielsweise für Stuttgart ein Zentralbahnhof seiner Vollendung entgegengeht, der bereits 100 Millionen gekostet hat und nochmals 120 Millionen kosten soll, und man hier das Verkehrsnetz weiter bestehen läßt, trotzdem ein Drittel der Gesamteinnahmen der Reichsbahn hier aus dem Gebiet herausgewirtschaftet wird, so steht einem der Verlust allmählich still.

Ich hoffe, daß alles das Erscheinungen einer Übergangszeit sein werden, in der wir uns unser Recht zu erkämpfen haben. Gesund ist unsere Wirtschaft, gesund ist auch der Vermögensstand unserer Stadt. Trotz der Bedenken Wattenfelds gegen unsere Zahlungsfähigkeit, die einen komischen Beigeschmack haben, trotz der Schmeichelei, die, wenn sie uns noch voll mit 10 Millionen Mark belastet, was nicht der Fall ist, einen Kopfschütteln der Bevölkerung von etwa 60 Mark bedeuten würde, also kaum ein wirksames Abfederungsmittel, trotzdem glauben wir immer noch mehr Kredit zu haben und mehr Anziehungskraft auf unsere engeren Nachbarn auszuüben, mit denen wir je länger je mehr verwachsen, als unsere liebe Nachbarmetropole Wattenfeld. Nicht Verzweiflung wegen ungerechter Behandlung durch den Staat, wegen Verzögerung notwendiger staatlicher Entschlüsse soll uns bewegen, sondern die Gewißheit, daß das Volkstum unseres Gebietes, daß die schaffende Arbeit unserer Bevölkerung sich ihr Recht letzten Endes erzwingen wird, daß ihr der verdiente Erfolg werden muß, was auch immer kommen möge.

Die finanziellen Aufgaben der Stadtverwaltung.

Im Anschluß an die Rede des Oberbürgermeisters ergänzte Bürgermeister Dr. Geper dessen Ausführungen noch besonders nach der finanziellen Seite hin:

„Der Haushaltsplan 1925 kann im großen und ganzen gegenüber denen der ersten Nachkriegsjahre wieder als eine sicherere Grundlage für die städtische Finanzwirtschaft angesehen werden, da bei stabiler Währung auf Grund der Erfahrungen des Jahres 1924 die Einnahmen und Ausgaben mit größerer Zuverlässigkeit geschätzt werden können. Ferner steht die Rechtsgrundlage für den Lastenausgleich zwischen Reich, Land und Gemeinden noch auf schwankenden Füßen. Durch Reichsgesetz ist der bisherige Finanzausgleich bis zum 30. September 1925 zunächst verlängert. Bis dann kommt ist zweifelhaft. Der Entwurf des neuen Finanzgesetzes muß den Gemeinden zu den schärfsten Befürchtungen Anlaß geben. Erschwert wird die Schätzung der Einnahmen noch insbesondere dadurch, daß zum Nachteil einer ordnungsmäßigen Veranlagung zur Gewerbesteuer nicht durchgeführt werden konnte, die Vorauszahlungen aber kein Bild über die wirkliche finanzielle Leistungsfähigkeit bieten. Die Gemeinden müssen in ihrem ureigensten Interesse verlangen, daß für das Rechnungsjahr 1925 eine gerechte Veranlagung durchgeführt wird.“

Wie die Dinge heute liegen, müssen wir leider eine schwere Benachteiligung insbesondere unserer Industrie gemeinden befürchten. Bochum erzielte im Jahre 1913 aus der Gemeindeeinkommensteuer 2,9 Millionen Mark und bedeckte damit 61,54 v. H. des Steuerbedarfs. Im Jahre 1924 erhielt Bochum aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer rund 2,5 Millionen Mark, gleich 32,31 v. H. des Steuerbedarfs. Derselbe Betrag ist für 1925 zu erwarten und macht bei der Steigerung der Ausgaben nur noch 28,41 v. H. des Steuerbedarfs aus. Man sieht, starkes Anwachsen der Ausgaben - erheblicher Rückgang der Einnahmen aus der Einkommensteuer. Das Mißverhältnis wird noch schreiender, wenn man berücksichtigt, daß das Aufkommen an Gemeinde- und Staatssteuern im Jahre 1913 sich auf etwa 4,3 Millionen belief, das Aufkommen an Reichseinkommensteuer im Jahre 1924 in Bochum aber 10,8 Millionen Mark betrug. Die Hauptwurzel des Übels liegt in dem mangelhaften Verteilungsschlüssel. Wir stehen vor der widerwärtigen Tatsache, daß wie die meisten übrigen Gemeinden auch Bochum mehr noch als in den Vorkriegszeit für das Reich überzugsfähig ist trotz seiner in breiten Schichten schwer darstellenden Bevölkerung. Es ist nur recht und billig, wenn unserem überholten Verlangen auf gerechter Verteilung des Verteilungsschlüssels endlich entsprochen wird.

Dabei wälzt das Reich - veranlaßt durch die nicht zu bestreitende eigene Not - und der Staat - von des Reiches Not in Willeidenschaft gezogen - mehr und mehr alle sozialen und kulturellen Aufgaben auf die Gemeinden. Es ist eine bitterste Erfahrung, wenn die Zuschüsse für die Wohlfahrtspflege in Bochum von

Richten Sie sich nicht nach Ihrem Geschmack ein

wenn Sie keine Gelegenheit hatten, Ihren Geschmack zu prüfen u. zu bilden. Lassen Sie sich an Hand unserer Wohnungskunstausstellung beraten, wie man sich - auch ohne großen Geldaufwand - sein und wohnlich einrichten kann.

Gebrüder Schürmann
Essen am Rathaus und Köln
Größtes Spezialhaus Deutschlands für Wohnungs-Einrichtungen.

Der Festtags-Kaffee

Echt arabischer Mokka
Pfd. Mk. 4.20

Kaffee - Rösterei
Josef Hackert
Heinrichstraße 10

Kein sogenannter „Mokka“, sondern Original Jemen-Ware. Das Edelste, was der Kaffee-Markt Arabiens an Blume und Geschmack bietet. Liebhaber und Kenner dieses feinen, eigenartigen Kaffees geben unumwunden zu, einen so köstlichen Mokka noch nicht getrunken zu haben. Als extra billigen Oster - Schlager: **Feinste Mokka-Mischung** Pfund nur Mk. **3.80**

Welt-Lichtspiele

am Hauptbahnhof

Nur noch Dienstag, Mittwoch, Donnerstag zeigen wir die geistreiche Filmkomödie

Die Puppenkönigin!

Ein Film von lieblichster Anmut und feinsten Humor in 6 Akten.

Ein Spiel, überreich an amüsanten Situationen.

In den Hauptrollen:

Maria Jakolini Harry Liedke

Ferner:

Tom Mix

in dem großen Fox-Film

Unter den Wölfen von Alaska

Das Fabelhafteste an Sensationen, das unerhörteste an packender Wirkung.

Tom Mix in den Eis- u. Goldwüsten Alaska! Im Kanoe in den Wirbeln des Hudson! Von Wölfen umzingelt! Durch die Wildnis ohne Waffen!

Dazu:

Der Streikbrecher!

Conrad's Brötchen

Hackert's Pumpernickel
eine Delikatesse!

Feinbäckerei **Conrad**
Inh.: **Hugo Conrad**, Fernspr. 600
Bochum, Hellweg 4.

PIANO

Flügel oder Harmonium anschaffen will, wende sich direkt an Hot-Piano- u. Flügel-Fabrik **Roth & Junius** Hagen i. W. Bahnhofstr. 29. (Filiale: Berlin am Zoo.) NB. In Sonder-Abt. Original-Grammophone m. Künstlerplatten

BILDERSCHAU

Evangel. Vereinshaus, Mühlenstr. 25.

Vortrag mit Lichtbildern

von

Oberarzt Dr. Koch

über

Körperpflege u. Leibesübungen

Dienstag, den 7. April 1925,

abends 8 Uhr

Eintritt 50 Pfg.

Nächste Woche

beginnt die erste Ziehung der

Preußischen Klassen-Lotterie

Zur Verlosung gelangen

38 Millionen

Gewinne und Prämien

(Gew. und Präm. auf ein Doppeltos)

2 Millionen

auf ein ganzes Los

1 Million

4x500000

2x300000

2x200000

10x100000

Gold-Mark usw. usw.

Ziehung 1. Kl. a. 17. u. 18. April

Sichern Sie sich sofort ein Los, bevor

dieselben verkauft sind.

1/8 1/4 1/2 1/1 Los

3.- 6.- 12.- 24.- Mark

Trass

Staatl. Lotterie-Einnehmer,

Bochum, Wilhelmsplatz 10.

Vereinigte

Stadttheater

Bochum - Duisburg

Dienstag, 7. April,

7 1/2 - 10

Die jüdischen

Berwandten

Wittmoos, 8. April

7 1/2 - 10

Außer Formierte

Der fliegende

Holländer.

Union-Palast

Rottstr. 29. Tel. 584

Inf. re. des großen

Erfolges noch bis

einsteht. Sonntag

tags 8 Uhr (pünktlich)

Katja, die

Tänzerin

mit Trudel Ulrich,

Ernst Ewert,

C. H. Reno,

Arthur Meitzler.

Ermäßigungskarten

Abach. 1 u. 2 Monat

April Gültigkeit.

Vorverkauf ab 4 Uhr

Naturack. Küche-

spottbillig. Überzeu-

gen Sie sich.

Schreinerstr. 37.

Alle Art Einzelmöbel

Auch Teilzahlung.

Wer erzieht jun-

gem Mädchen

Klavierunterricht?

Offert. mit Preis-

angabe um. G. 2. 40

an die Gewächshaus-

bieler Zeitung.

Stuhlleuchten

und sämtliche

Korb-Reparaturen

werden sauber und

preiswert ausgeführt

bei

H. Möllmann,

Mühlenstrasse 6

Abholung und

Zustellung frei Haus.

Erstklassige

Marken-

Fahrräder

Spezial v. 90 M. an

Anker-Maschinen

in jed. Ausführung.

Langj. Garantie!

Groß. mechanische

Repar. - Werkstatt.

H. Scherzak

Kronenstr. 1. Tel. 2713

Ein-Abt.

Institut Boltz.

Umanow, Thür.

Deutsche Bank

Grundvermögen und Rücklagen 200 Millionen Reichsmark

Filiale Bochum

Bochum, Wilhelmstrasse 20

empfiehlt sich zur Erledigung aller bankgeschäftlichen Angelegenheiten

Telegramm-Adresse: Deutschbank Fernsprech-Anschlüsse 4070-4074. Postscheck-Konto Essen 2289.

Kohlen und Koks Anthrazitkohlen

von Zeche Langenbrahm liefern prompt

Gustav Gräfe G.m.b.H.

Bochum, Buddenbergstr. 9.

Telefon 122

Lagerplatzgelände bzw. Betriebsgelände

ca. 2000 qm groß, allseitig durch Bäume eingeschlossen, im Mittelpunkt der Stadt gelegen, für alle Betriebszwecke geeignet, ganz oder geteilt zu vermieten.

Heinr. Knüwer, Baugesellschaft m. b. H.

Duisburg, 681 (Knüwerweg).

Ostern!

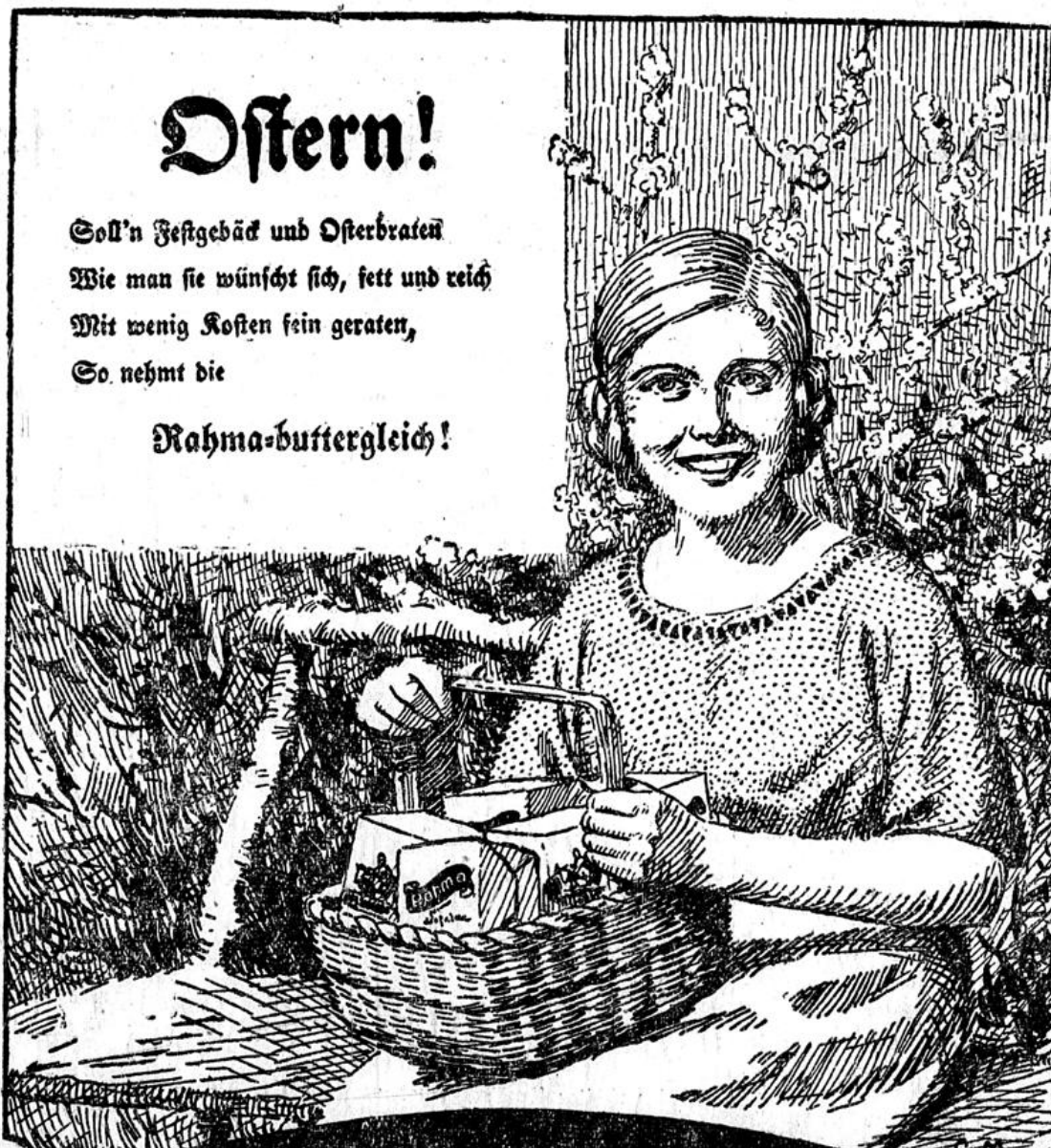
Soll'n Festgebäck und Osterbraten

Wie man sie wünscht sich, fett und reich

Mit wenig Kosten fein geraten,

So nehmt die

Rahma-buttergleich!



Rahma
MARGARINE
buttergleich

1/2 Pfund 50 Pfg.

Neu erschienen: „Fips Lachzeitung für liebe kleine Kinder“.

Nr. 8
Drittes

Artenal -
berland 1:4
Burb - Bur
2:0. Siverpog
Preston 1
Westbromwich
United 4:0.
2:1. West Sa

Überbeu -
teh - Falfir
hemiale 3:1.
St. Johnstone

S. B. C.
H. A. C. Bee

Philips C
den Hofch -
H. S. C. Rot

Urania Ge
H. C. Chaur-de
Hafel - Conc
H. C. Hafel O
H. C. Zürich

Profess
B. A. C.
Wien - Amate
Wien 1:1. Ra
Salach Wien

Victoria B

D. H. A. M
U. C. Sparta

Robena -
monese 1:1. R
1:1. Brescia -
2:1. Juventus
- Andrea Dori
nara - Campi
National Mont

Inter
In Glas
In Abge
Land 11:1.

Die En

Bereine
Krautia Bielef
Dinsbrg. 2:1.
Sch. v. Bielef. 1:1.
Dinsbrg. 2:1.
Dinsbrg. 2:1.
Sport. Bielef.
Sport. Bielef.

Süddeutsche
Bereine
B. i. B. Mannhei
1:1. Bielef.
H. C. Bielef.
Gut. Bielef.
S. B. Bielef.

Süddeutsche
Wien, 5. Ap
Fußball-Ländk
Austria. Das
Wien statt.

Uns d

n. Altenbach
I. d. Mts. ab
Presbyterian.
und Sterbefälle
gen von Tauf
bringen. - Ju
hilfe in noc
ohne Grundrer.
lofen und Neid
ber übrigen in
zahlen. - Si
mittag fand m
müllerischen Pul
des Konsumder
und eine Angel
tigt sein soll, to
Freitag nachmit
Arm in Arm
Bälchen führt,
find bisher nich
Friedhofshalle
- Die Bielef
diesem Jahre so
nicht gewesen i
Kirchengemeinde
für die gleich
manden hatten
schnittlich jähr
jahrhunderts.

n. Altenbach
feier. Unter

Sp

